

Gruppe CDU / FDP

im Rat der Stadt Hildesheim

Gruppenantrag	Vorlage-Nr: 14/267
Federführend: CDU-Fraktion	Status: öffentlich Datum: 04.07.2014 Verfasser/in: Christian Redepennig
Änderungsantrag der CDU/FDP-Gruppe zur VO 14/220 - Testphase zur Sperrung der Steingrube	
Beratungsfolge:	
Datum	Gremium
09.07.2014	Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Umwelt und Verkehr
14.07.2014	Verwaltungsausschuss
	Zuständigkeit
	Vorberatung
	Entscheidung

Sachverhalt:

Die Vorlage 14/220 sieht vor, die Straße Steingrube durch Umbaumaßnahmen durch blockierende Absperrbaken für 6 Monate probeweise zu sperren. Gleichzeitig sollen Gravelottestraße und Galgenbergstraße als Fortsetzung der Orleansstraße gesperrt werden. Damit würden die Häuser der Oststadt für Pkw nur noch auf Umwegen erreichbar sein. Eine direkte Anfahrt oder Durchfahrt in Nord/Süd- oder Süd/Nord-Richtung wäre nicht mehr möglich.

Die Maßnahme ist sowohl in öffentlichen Veranstaltungen als auch medial diskutiert worden. In Bürgerversammlungen und im Ortsrat wurde deutlich, dass zahlreiche Besucher sich empfindlich getroffen fühlen. Es wurde durchgehend ein umfangreicher und deutlicher Protest laut – sowohl von Anliegern als auch von Geschäftsleuten, Besuchern und der anliegenden Scharnhorstschule. Zustimmungserklärungen blieben aus.

Unterschriftaktionen haben Hunderte von Protesten dokumentiert. Insbesondere würden die Bewohner der Oststadt – gegen ihren ausdrücklichen Wunsch - in ihrer Bewegungsfreiheit ärgerlich eingeschränkt. Hildesheimer Bürger aus anderen Quartieren würden gehindert, Verwandte und Bekannte in der Oststadt aufzusuchen oder das Gymnasium, das Mehrgenerationenhaus, Volkshochschulkurse, Kirchen, Theater, Kinos, Handwerker und insbesondere die Steingrube selbst zu erreichen. Viele Geschäfte an der Steingrube und in der Moltkestraße hätten Umsatzeinbußen durch den fehlenden Durchgangsverkehr zu befürchten. Der kostspielig neu gestaltete Familienpark verfügt dann zwar über bessere Parkplätze, die jedoch durch Blockaden abgeschirmt sein würden.

Allein die Testphase der Sperrung für 6 Monate würde 22.200 Euro kosten, obwohl Umgehungen möglich bleiben. Eine endgültige Sperrung würde statt der provisorischen seitlichen Sperrungen bauliche Maßnahmen erfordern und damit zusätzlich ein Mehrfaches kosten. Hinzu kommt, dass während der Testphase ausschließlich die passierenden Fahrzeuge gemessen werden sollen. Das Ergebnis lässt sich bei einer wirksamen Sperrung leicht vorhersagen. Jedoch der eigentliche Zweck – nämlich die Lärm- und Emissionsbelästigung - soll laut Vorlage nicht gemessen werden. Damit ist die Testphase aus keinem erdenklichen Aspekt sinnvoll. Vielmehr stellt sich die Frage, ob die Lärm- und Emissionsbelästigung in den umliegenden Straßen der Oststadt nicht noch weiter zunimmt, da die Pkw-Fahrer Umwege einschlagen müssen, um die notwendigsten Ziele erreichen zu können.

Die CDU/FDP-Gruppe hält deshalb die Maßnahme weder grundsätzlich noch als Testprojekt für sinnvoll. Im Sinne der Bürger werden stattdessen folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

Beschlussvorschlag:

1. Tempo-30 Zone in Moltkestraße, Steingrube und Roonstraße.
2. Verlegung des Zebrastreifens in Richtung Bushaltestelle, so dass eine unmittelbare Verbindung zwischen Steingrube und Scharnhorstschule entsteht; Flankierung des Zebrastreifens durch eine zweiflügelige Verkehrsinsel zu beiden Seiten. Die Maßnahme würde einen erheblichen Schutz der Schüler bewirken, sowie den Verkehr beruhigen, zumal haltende Busse ein Überholen der Pkw verhindern würden. Eventuell Ankündigung durch eine Fußgängerwarnampel.
3. Ausschilderung der Senator-Braun-Allee als „Schnellstrecke Itzum/Ochtersum“ am Berliner Kreisel.
4. Ausschilderung der Senator-Braun-Allee auf der Marienburger Straße vor der Abzweigung Goslarsche Straße als „Schnellstrecke Einum/Nordstadt/Hauptbahnhof etc.“
5. Linksabbieger aus der Goslarschen Straße in Richtung Immengarten wie Ziffer 3.) der Vorlage.

Anlag